Sonderdruck aus Vierteljahresschrift für Sozialrecht Band VI. Heft 1/2 1978 J. Schweitzer Verlag Berlin

© Copyright 1978 by J. Schweitzer Verlag Berlin. Alle Beichte, insbesendere die der Übersetzung in fremde Sprachen, vorbehalten.

Sozialpolitische Portraits

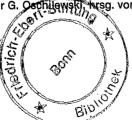
Michael Schneider

Rudolf Wissell (1869-1962)

Als Rudolf Wissell am 13. Dezember 1962 im Alter von 94 Jahren starb, lag ein langes, an Höhen und auch Tiefen reiches Leben hinter ihm; an führender Position in Freien Gewerkschaften und SPD hat er, der natürlich seinerseits geprägt war von den Lebensumständen gerade im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts, viele Jahrzehnte deutscher Sozialgeschichte aktiv mitgestaltet. Vor allem in den Jahren nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges haben Persönlichkeit und Leistung Wissells – erinnert sei nur an die Verleihung der Berliner Ehrenbürgerwürde zum 80. und die des Bundesverdienstkreuzes zum 85. Geburtstag – eine wohl allseitige Anerkennung gefunden. Und auch auf den Trauerkundgebungen bezeugten ihm in gleicher Weise politische Freunde und Gegner ihre Verehrung: So wie Berlins Regierender Bürgermeister Willy Brandt die Verdienste des "Patriarchen deutscher Sozialpolitik" hervorhob und ihn als "soziales Gewissen der Weimarer Republik" pries, so betonte der CDU-Politiker und ehemalige Hirsch-Dunckersche Gewerkschafter Ernst Lemmer, daß Wissell, dessen Bedeutung überdies "erst von dem Historiker in der ganzen Größe gewürdigt werden" könne, das "soziale Fundament" der Gegenwart geschaffen habe.1

Eine historische Gesamtdarstellung von Leben und Wirken Wissells steht indessen noch immer aus, obwohl doch sein ebenso umfang- wie inhaltsreicher Nachlaß schon seit mehreren Jahren im Bundesarchiv Koblenz der Auswertung offensteht. Einen Überblick über das Schaffen Wissels gewähren bisher allein die (nahezu textgleichen) Festschriften zu seinem 80. und 90. Geburtstag, deren Autoren an keiner Stelle ihre Sympathien für Wissell verhehlen. Natürlich soll und kann auch das hier vorgelegte Portrait, das den eben genannten Broschüren im übrigen manchen Hinweis gerade zum "privaten" Lebensweg Wissells zu verdanken hat, keine umfassende politische Biographie ersetzen; es vermag aber doch vielleicht deutlich zu machen, daß Wissell und seine Politik – auch innerhalb der eigenen Partei – keineswegs immer so unumstritten waren, wie es mit Blick auf die zahlreichen Ehrungen des letzten Lebensjahrzehnts scheinen mag. So wird es sich zeigen, daß die einmütige Würdigung des "Sozialpolitikers" Wissell nur sehr bedingt der Vielfalt seiner politischen Aktivitäten gerecht werden kann, wird damit

² Rudolf Wissell. Ein Leben für soziale Gerechtigkeit. Unter Mitarbeit von Adolf Dünnebakke, Paul Löbe und Walther G. Oschülewski, hrsg. von Otto Bach, Berlin 1949 bzw. 1959.



¹ Siehe: Rudolf Wissell. Worte der Erinnerung und des Dankes. Gesprochen auf den Trauerkundgebungen des Abgeordnetenhauses und des Senats von Berlin und im Krematorium Berlin-Wilmersdorf am 19. Dezember 1962 für den Ehrenbürger des Landes und der Stadt Berlin, Reichsminister a. D. Dr. h. c. Rudolf Wissell, besorgt von Walther G. Oschilewski, Berlin 1963.

doch vor allem ein entscheidender Abschnitt im Leben Wissells und in der deutschen Geschichte – die Anfangszeit der Weimarer Republik – allzu harmonisierend betrachtet. Daß in diesem Zusammenhang auch das Kantige der Persönlichkeit Wissells, konkret: der manchmal wenig kompromißbereite Einsatz für eine von ihm als richtig eingeschätzte Problemlösung, keine Erwähnung findet, mag angesichts der Funktion der genannten Veröffentlichungen verständlich sein, gestattet aber doch wohl nur einen unvollständigen Einblick in die Rolle Wissells in entscheidenden Situationen der Weimarer Zeit, für die jedoch – allerdings kaum biographisch orientierte – historische Detailuntersuchungen vorliegen.³ Werden hier also Person und Leistung Wissells beleuchtet, so fällt immer auch Licht auf die Geschichte der deutschen Sozialdemokratie und damit auf die Entwicklung Deutschlands in den letzten 100 Jahren.

Vom Dreher zum Gewerkschaftsführer

Rudolf Wissell wurde am 8. März 1869 als Sohn des Obersteuermanns Ludwig Wissell und seiner Ehefrau Ulrike, geb. Klimmet, in Göttingen geboren. 1875 zog die Familie nach Bremen um, wo Rudolf Wissell seit 1876 die Bürgerschule besuchte; nach Beendigung der Schulzeit begann er 1883 eine Lehre als Maschinenbauer und Dreher.

Schon die regelmäßigen Einnahmen des Vaters hatten der Familie nur eine eher kärgliche Lebensführung gestattet; diese verschlechterte sich jedoch noch, als er Mitte der 80er Jahre wegen Erblindung auf einem Auge die Seefahrt aufgeben mußte und nurmehr Gelegenheitsarbeiten fand. So lieh Rudolf Wissell wohl nicht zuletzt aufgrund seiner Erfahrungen in Kindheit und früher Jugend den während der Lehrzeit (1883–1887) erreichbaren Agitationsreden und -artikeln der unter Ausnahmegesetz gestellten SPD ein offenes Ohr: 1888 – nunmehr Geselle auf Wanderschaft, die ihn übrigens auch zu Krupp in Essen führte – trat Wissell der seit zehn Jahren illegalisierten Partei bei.

Zurückgekehrt in den Norden Deutschlands, fand Wissell in der Torpedowerkstatt in Friedrichshort bei Kiel Arbeit, wo er als Mitglied des Fachverbandes der Schlosser und Maschinenbauer erste Erfahrungen auf dem Gebiet berufsständischer Interessenvertretung sammeln konnte und verstärkt mit zünftlerischen Bräuchen und Zeremonien konfrontiert wurde, die offenbar großen Eindruck auf den etwa Zwanzigjährigen machten. Schon nach einem halben Jahr übernahm Wissell den Vorsitz dieses 600 Mitglieder zählenden Verbandes, den er bald nach dem Ende des Sozialistengesetzes (1890) dem neugegründeten Deutschen Metallarbeiterverband angliedern konnte.

Kurz nach der Hochzeit mit Emma Wunsch, der Tochter des Kieler Schneidermeisters August Wunsch, am 26. August 1891, wurde Wissell bis 1894 zum Militärdienst nach Posen eingezogen. Nach Kiel zurückgekehrt, nahm er mit seiner Arbeit als Dreher auch seine gewerkschaftlichen Aktivitäten wieder auf und war von 1894 bis 1899 ehrenamtlich Vorsitzender der örtlichen Zahlstelle des Deutschen Metallarbeiterverbandes. Außerdem veröffentlichte er bereits in diesen Jahren zahlreiche Aufsätze zu sozialpolitischen Einzelfragen, vor allem im "Vorwärts", in der "Leipziger Volkszeitung" und im "Hamburger Echo". Den nebenberuflich erarbeiteten Kenntnissen verdankte es Wissell, daß er von 1896 bis 1900 Vorstandsmitglied der Ortskrankenkasse Kiel war und dann 1901 als gewerkschaftlicher Arbeitersekretär nach Lübeck berufen wurde. So waren die letzten Jahre des 19. Jahrhunderts für Wissells weiteren Lebensweg in zweifacher Weise von Bedeutung: Zum einen wurden hier die Grundsteine für seine in sozialem Engagement verwurzelte gewerkschaftliche Arbeit gelegt, zum anderen für sein lebenslanges Interesse an der Erforschung der Traditionen des deutschen Handwerks.

Ohne Zweifel kamen Wissell bei seiner Tätigkeit als Arbeitersekretär die bereits erworbenen Kenntnisse zugute; doch dürfte gerade die Vertretung von insgesamt – nach Wissells detaillierten Unterlagen – rund 60 000 rat- und hilfesuchenden Mitbürgern der verschiedensten Schichten in allen Rechtsfragen, besonders aber in Versicherungssachen, nicht wenig zum späteren Ruf Wissells als Fachmann für Probleme der Sozialgesetzgebung beigetragen haben. Gerade die tägliche Konfrontation mit dem sozialen Elend und der rechtlichen Benachteiligung der "kleinen Leute" mag ihm die Notwendigkeit einer alsbaldigen Abhilfe nur noch stärker vor Augen geführt haben. Zudem konnte Wissell in diesen Jahren erste parlamentarische Erfahrungen sammeln, gehörte er doch von 1905 bis 1908 der Lübecker Bürgerschaft an.

In diese Zeit fallen auch die ersten Auftritte Wissells auf überregionalen Gewerkschaftskongressen und Parteitagen. Nahm er auf den SPD-Parteitagen 1905 und 1907 (als Abstinenzler) "nur" zur Alkoholfrage Stellung, so äußerte er auf dem Gewerkschaftskongreß 1908 deutliche Kritik an Aktivität und Aufbau des 1903 gegründeten Zentralarbeitersekretariats der Generalkommission der Freien Gewerkschaften in Berlin – mit dessen Leitung er noch im selben Jahr betraut werden sollte; zudem wurde er bald zum Leiter der Sozialpolitischen Abteilung der Generalkommission berufen. In diesen Jahren entwickelte Wissell immer wieder – sowohl in Einzelveröffentlichungen als auch als regelmäßiger Mitarbeiter und Betreuer der Sparte "Wirtschaft" bei den "Sozialistischen Monatsheften" (1900–1912), als nebenberuflicher Redakteur (zusammen mit Hermann Müller) für Sozialpolitik beim "Vorwärts" und als Redakteur der Rechtsbeilage des Korrespondenzblatts der Freien Gewerkschaften (1906–1929) – seine Vorstellungen zur Verbesserung der bestehenden Sozialgesetze und des Arbeitsrechts.⁴

³ Zu denken ist insbesondere an folgende Arbeiten: Eckhard Biechele, Der Kampf um die Gemeinwirtschaftskonzeption des Reichswirtschaftsministeriums im Jahre 1919. Eine Studie zur Wirtschaftspolitik unter Reichswirtschaftsminister Rudolf Wissell in der Frühphase der Weimarer Republik, Phil. Diss., Berlin 1972; Helga Timm, Die deutsche Sozialpolitik und der Bruch der Großen Koalition im März 1930, Düsseldorf 1952. Als Überblicksdarstellung: Ludwig Preller, Sozialpolitik in der Weimarer Republik, Stuttgart 1949.

⁴ Siehe z. B.: Die Unfallversicherung in der Reichsversicherungsordnung nebst den allgemeinen Vorschriften und dem Verfahren, erläutert von Rudolf Wissell und Hermann Müller, Berlin 1912; R. Wissell, Der Arbeitsvertrag. Führer durch das gewerbliche Arbeitsverhältnis der Arbeiter, Berlin 1912.

Seine erste große programmatische Rede hielt Wissell 1917 auf dem SPD-Parteitag in Würzburg; als Ziel der hier von ihm erstmals im Zusammenhang vorgestellten "sozialpolitischen Aufgaben" der SPD formulierte er: "Erhaltung und Entfaltung alles menschlichen Lebens, Beseitigung und Fernhaltung alles dessen, was die Entstehung und größtmöglichste Entwicklung neuen Lebens hindert, Schutz der menschlichen Arbeitskraft, der höchsten Trägerin des Kulturfortschritts, Förderung alles dessen, was der Hebung des Kulturniveaus dient und damit Schutz jedes einzelnen vor dem Herabsinken in eine tiefere soziale Schicht." Die konkreten gesetzlichen Reformmaßnahmen, die von Wissell zur Verwirklichung dieses Zielkatalogs vorgeschlagen wurden, stimmten – was kaum verwundern kann – im übrigen mit den im sozialpolitischen Programm der Freien Gewerkschaften Ende 1917 publizierten Vorstellungen überein; gefordert wurden im einzelnen: Ausdehnung des Arbeiterschutzes, speziell des Wöchnerinnen-, Jugend- und Heimarbeiterschutzes; gesetzliche Festlegung des 8-Stundentages; Verbesserung der Arbeiterversicherung, besonders der Unfall-, Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung; Umstellung der Versicherungsverwaltung auf paritätischer Grundlage; Einführung der öffentlichen Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung; Erweiterung des Koalitionsrechts und des Einigungswesens; Ausbau und Vereinheitlichung des Arbeitsrechts sowie verstärkte Förderung des Wohnungsbaus; hinzu kamen besondere Maßnahmen für die soziale Versorgung der Kriegsopfer.⁵

Dieses vom Parteitag angenommene sozialpolitische Programm wies Wissell als bewährten Kenner der Materie und als engagierten Sozialreformer aus, der sich indessen - so zukunftsweisend seine Forderungen gerade im Blick auf die Gestaltung der Weimarer Reichsverfassung und Sozialgesetzgebung auch sein mögen - weitgehend an den Prinzipien der Bismarckschen Sozialpolitik orientierte. So mag er - beeindruckt vom wirtschaftlichen Aufschwung der Vorkriegszeit - in jenen Jahren die Abhängigkeit der "klassischen" Sozialpolitik von wirtschaftlichen Faktoren wie dem Konjunkturverlauf unterschätzt haben; Wissell war ein Verfechter sozialpolitischer Reformarbeit, dem - soweit zu sehen - die Einbindung einer solchen Politik in die (damals gültige) SPD-Programmatik zur Ablösung der kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zunächst kaum zum Problem wurde. Er schien mit dieser Haltung deutlich zu den reformistischen, von handwerklich-kleinbürgerlicher Herkunft und pragmatischer Gewerkschaftsarbeit geprägten Sozialdemokraten zu zählen, deren Einfluß auf die Politik der Partei er - nach einer Nachwahl im Bezirk Nieder-Barnim - seit Frühjahr 1918 auch im Reichstag mit zur Geltung brachte. Als Gustav Bauer Anfang Oktober 1918 Leiter des Reichsarbeitsamtes wurde, rückte Wissell zudem als 2. Vorsitzender in den Vorstand der Generalkommission ein.

Wirtschaftsminister in entscheidender Stunde

Als Nachfolger für die am 29. Dezember 1918 aus dem Rat der Volksbeauftragten ausgetretenen USPD-Vertreter wählten die verbliebenen mehrheitssozialdemokra-

tischen Mitglieder (Friedrich Ebert, Otto Landsberg und Philipp Scheidemann) in einer gemeinsamen Sitzung mit dem Zentralrat Gustav Noske (Heer und Marine) und Rudolf Wissell (Sozialpolitik). Die Mitglieder des umgebildeten Rats der Volksbeauftragten waren sich – das zeigen die Aufrufe jener Wochen – in zwei grundlegenden Programmpunkten einig: Zum einen sollte möglichst rasch eine (verfassunggebende) Nationalversammlung gebildet werden, zum anderen eine geordnete Umstellung von der Kriegs- auf die Friedenswirtschaft zur Sicherung einer effektiven Produktion erfolgen. Während die Lösung der ersten Aufgabe von einem breiten Konsens innerhalb der Mehrheitssozialdemokratie getragen und mit den Wahlen vom 19. Januar 1919 auf den Weg gebracht wurde, entzündete sich an dem zweiten Problem – zu denken ist nur an die Forderungen der Sozialisierung und des Räteaufbaus – eine sowohl inner- als auch interparteilich kontrovers geführte Diskussion, die die Beratungen der neuen Reichsverfassung im ersten Halbjahr 1919 begleitete.

In dieser Situation wurde dem Fachmann für sozialpolitische Fragen, Rudolf Wissell, in der am 13. Februar 1919 unter Reichskanzler Scheidemann gebildeten ersten Regierung der Weimarer Koalition (SPD, Zentrum/BVP und DDP) das Wirtschaftsressort übertragen, für das - ebenfalls als Vertreter der Freien Gewerkschaften im Kabinett - zunächst auch der Bergarbeiterführer Otto Huë im Gespräch war. Das Regierungsprogramm mochte noch den Eindruck einer geschlossenen, zielorientierten Politik erwecken, wurden doch z. B. für den Bereich der sozial- und wirtschaftspolitischen Aufgaben die wesentlichen der im Sozialprogramm von 1917 aufgeführten Maßnahmen übernommen; einige der damaligen Forderungen – vor allem der 8-Stundentag – schienen überdies bereits durch das Novemberabkommen zwischen Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften und davon beeinflußte gesetzliche Regelungen realisiert zu sein; hinsichtlich der Wirtschaftsordnung kündigte die Regierung an, Wirtschaftszweige mit privat-monopolistischem Charakter würden unter öffentliche Kontrolle gestellt. Gerade für die Fragen der Wirtschaftsordnung beanspruchte Wissell als zuständiger Minister die eindeutige Federführung; damit war schon der Anfang der Ministertätigkeit Wissells überschattet von Kompetenzstreitigkeiten mit den sozialdemokratischen Ministern Gustav Bauer (Arbeit) und Robert Schmidt (Ernährung). Hinter dem Konflikt um die Abgrenzung der jeweiligen Ressorts verbargen sich jedoch tiefgreifende konzeptionelle Differenzen. Hier zeigte sich, daß der pragmatische Sozialreformer Wissell so genau wie kaum ein anderer führender Politiker jener Monate die Notwendigkeit erkannt hatte, so rasch wie möglich eine umfassende Ordnungskonzeption zu entwickeln und diese dann konsequent in die Praxis umzusetzen. Ein solches Modell des Wirtschaftsaufbaus glaubte Wissell in der im Zuge der Organisation der Kriegswirtschaft auch von Wichard von Moellendorff. nun Unterstaatssekretär Wissells, vorgetragenen Idee der "deutschen Gemeinwirtschaft" gefunden zu haben.6

Mit der Übernahme des Programms der Gemeinwirtschaft ging Wissell deutlich

⁵ Vgl. auch R. Wissell, Die Forderungen der Kriegsteilnehmer und Kriegsbeschädigten, Berlin 1918.

⁶ Siehe Wichard von Moellendorff, Deutsche Gemeinwirtschaft, Berlin 1916. Zu den Auseinandersetzungen um diese Frage siehe: E. Biechele, Der Kampf um die Gemeinwirtschaftskonzeption.

von der Sozialisierungspropaganda auch der eigenen Partei ab: er äußerte sich zudem, selbst Mitglied beider Sozialisierungskommissionen, bereits im März 1919 bei den Beratungen der Sozialisierungsgesetze sehr skeptisch über die Erfolgsaussichten derartiger Maßnahmen, für deren Verschiebung auf einen späteren Zeitpunkt er mit einem Bündel von Argumenten warb: Der zur Sozialisierung erforderliche ökonomische Reifegrad schien ihm nur in wenigen Branchen (z. B. Kohlenwirtschaft) erreicht zu sein; man müsse den Eigentümern eine Entschädigung zahlen - doch die Staatskasse könne die erforderlichen Mittel nicht zur Verfügung stellen; auch außenpolitische Befürchtungen wurden von ihm ins Feld geführt, sei doch damit zu rechnen, vor allem Frankreich werde versuchen, sich im Zuge der Eintreibung von Wiedergutmachungsleistungen an den sozialisierten Betrieben schadlos zu halten; nicht zuletzt sei durch die Sozialisierung das wichtigste Ziel - der wirtschaftliche Aufstieg - gefährdet, könne man in der Wirtschaftsführung doch (zunächst noch) nicht auf die Unternehmer verzichten. Ausgangspunkt seiner Überlegungen war die Überzeugung, der Staat sei "kein geeigneter Träger der Wirtschaft"; er solle und könne nur "die oberste Aufsicht führen, der oberste Sachwalter der Gesamtheit sein, Interessengegensätze mit Weisheit und Gerechtigkeit ausgleichen". Nicht geringe Wirkung dürfte vor allem auch das Argument gehabt haben, die Sozialisierung - deren praktische Durchführungsmodalitäten auch bei den Verfechtern dieses Ziels durchaus umstritten waren - betreffe allenfalls einen kleinen (wenn auch zentralen) Bereich der deutschen Volkswirtschaft. Was not tue, sei jedoch ein die gesamte Wirtschaftsordnung neu regelndes Konzept.7

Diese Gedanken – nun positiv in Form des Programms der Gemeinwirtschaft – vertrat Wissell auch im Kabinett, dem er – mit deutlicher Stoßrichtung gegen seine sozialdemokratischen Kollegen – am 7. Mai 1919 eine von Wichard von Moellendorff verfaßte Denkschrift vorlegte, die er allerdings selbst redaktionell überarbeitet hatte, um die krassesten Vorwürfe gegen die bisherige Regierungspolitik wenigstens etwas abzuschwächen. Durch eine Indiskretion wurde das Programm, das nur als vertraulicher Entwurf gedacht war, am 24. Mai teilweise und am 4. Juni 1919 vollständig in der Presse und dann auch durch eine Broschüre publiziert.⁸

Den Ausgangspunkt der Denkschrift bildete die Kritik an Regierung und Koalitionsparteien, die mitschuldig daran seien, daß das Kabinett "von Tag zu Tag Teile seines Vertrauens in der Bevölkerung" einbüße. Ein wichtiger Grund dürfte – so wurde in der Denkschrift vermutet – die zwischen den verschiedenen mit Wirtschaftsfragen befaßten Ressorts ausgetragene Kompetenzrangelei sein, deren grundsätzliche Dimension jedoch mit Rücksicht auf den Zusammenhalt der Koali-

tion nicht in aller Offenheit diskutiert werde. Abhilfe könne hier nur das sofortige geschlossene Bekenntnis zu einem umfassenden Programm bringen – zum Programm der Gemeinwirtschaft.

Diese Gemeinwirtschaft solle nichts anderes sein, als "die zugunsten der Volksgemeinschaft planmäßig betriebene und gesellschaftlich kontrollierte Volkswirtschaft". Der organisatorische Aufbau war wie folgt gedacht: "Die Räteorganisation ist sofort durch ein besonderes Reichsgesetz noch vor Verabschiedung der Verfassung ins Leben zu rufen. Neben einer regionalen Organisation (Betriebsräte, Bezirksarbeiterrat und Reichsarbeiterrat als Arbeitnehmerorganisationen einerseits. Handels- und Industriekammern, Handwerkskammern, Landwirtschaftskammern usw. und Reichsunternehmerrat als Organisationen des Unternehmertums andererseits sowie Bezirkswirtschaftsräte als paritätische Organisationen) legt das Reichswirtschaftsministerium entscheidendes Gewicht auf fachliche Organisationen, die von den aus den Fachgruppen der Arbeitsgemeinschaft zu entwickelnden Wirtschaftsbünden zu rechts- und geschäftsfähigen Wirtschaftszweckverbänden hinabsteigen. Aufgabe dieser fachlichen Organisationen soll sein, die Wirtschaft auf ihren Fachgebieten nach den von der Reichsgesetzgebung aufzustellenden Grundsätzen zu leiten. Die regional und fachlich gebildeten Zentralstellen sollen gemeinsam den Reichswirtschaftsrat als oberstes Organ der deutschen Gemeinwirtschaft beschicken. In den fachlichen Organisationen und in dem Reichswirtschaftsrat sollen neben den an der Produktion beteiligten Unternehmern und Arbeitern auch Vertreter des Handels und der Verbraucher Sitz und Stimme erhalten," Aufgabe dieser fachlichen Selbstverwaltungskörper, deren Bildung später auch von der Reichsverfassung vorgesehen wurde (Art. 165, 3), sollte die Beschaffung und Verteilung von Rohstoffen, Preiskontrolle und -festsetzung sowie die Regelung der Arbeitsbedingungen sein. Diese - wie auch von Wissell eingesehen - kartellähnlichen Wirtschaftszusammenschlüsse sollten sich jedoch in ihren Entscheidungen nicht an privatem Profitinteresse, sondern am Gesamtwohl orientieren. Nicht zuletzt die Erwartung, eine solche gesamtwohlorientierte Wirtschaftsordnung unter Beibehaltung des Privateigentums an Produktionsmitteln schaffen zu können, stieß innerhalb der SPD (und erst recht bei USPD und KPD) auf starke Skepsis. Außerdem war vom Reichsarbeitsministerium vorgesehen, den Aufbau der Gemeinwirtschaft - immer mit dem Ziel raschen Wirtschaftsaufstiegs - durch die sofortige Schaffung eines "Reichsfonds" in Höhe von 5 Milliarden Mark zu ergänzen, dessen Aufgabe es sein sollte, "durch Gebrauch und Verbrauch seiner Mittel während der Übergangszeit von der Kriegszur Friedenswirtschaft die deutsche Gütererzeugung zu fördern und dadurch die Beschäftigung der deutschen Arbeiterschaft zu gewährleisten".

Besonders deutlich zeigten sich gedanklicher Einfluß und sprachlicher Duktus von Moellendorffs in der Begründung dieses Plans: So wurde für den Fall, daß sich "Deutschland nicht zu einer klaren und völlig einheitlichen Wirtschaftspolitik" entschließen sollte, "die Gefahr einer völligen Vernichtung oder Versklavung der deutschen Wirtschaft" als "unabweislich" ausgemalt. Auch der Hinweis, "in der Wirtschaftspolitik [gebe] es keinen Kompromiß", sondern man müsse "sich endlich mit beiden Füßen und fest auf den Boden der Gemeinwirtschaft stellen",

⁷ Siehe R. Wissells Rede zur Sozialisierungsfrage vom 7. März 1919, zit. in: Ursachen und Folgen, Bd. 3, S. 262–266. Vgl. auch die Argumentation in: R. Wissell, Praktische Wirtschaftspolitik. Unterlagen zur Beurteilung einer fünfmonatigen Wirtschaftsführung, Berlin 1919, S. 94 u. 126 und in: Ders., Kritik und Aufbau. Ein Beitrag zur Wirtschaftspolitik der letzten zwei Jahre, Berlin 1921, S. 67 f.

⁸ Der Aufbau der Gemeinwirtschaft. Denkschrift des Reichswirtschaftsministeriums vom 7. Mai 1919, Jena 1919.

mochte nicht unbedingt diskussionsfördernd wirken. Ebenso dürfte die folgende Verheißung – weniger wegen des Inhalts als wegen des Tons – gerade bei Sozialdemokraten auf geringe Gegenliebe gestoßen sein: "Der deutsche Sozialismus hat sich so frühzeitig und so ehrlich wie möglich in seiner ganzen Härte zu offenbaren und vor nichts so sehr zu hüten wie vor dem Anschein, als ob er ein weichliches Schlaraffien hervorbringen könne."

Der Opferbereitschaft heischende, militant-autoritäre Zug der Gemeinwirtschaftskonzeption dürfte zusammen mit dem wenig kompromißbereiten und zum Teil wohl auch arrogant anmutenden Habitus ihrer beiden Initiatoren die Widerstände auf seiten der Unternehmer und vor allem der Regierungskoalition verstärkt haben. Da half es wenig, daß sich Wissell und von Moellendorff Anfang Juni 1919 in Reden vor dem Verein der Berliner Kaufleute und dem Reichsverband der Deutschen Industrie bemühten, die marktwirtschaftlichen Elemente des Gemeinwirtschaftsmodells herauszustellen; vor allem wiesen sie darauf hin, daß es sich bei der angestrebten Selbstverwaltungswirtschaft genau um das Gegenteil der von den Unternehmern abgelehnten Kriegs- bzw. Zwangswirtschaft unter staatlichem Wirtschaftsdirigismus handle. Dennoch blieben auf seiten der organisierten Unternehmerschaft die Verweigerung gleichberechtigter Mitentscheidungsbefugnisse für die Arbeitnehmer in Fragen der Wirtschaftsführung und vor allem die Befürchtungen vorherrschend, später doch einer wirtschaftlichen Alleinherrschaft der Arbeitnehmer bzw. der Gewerkschaften weichen zu müssen.

Innerhalb der SPD wurde vor allem kritisiert, daß die Pläne des Reichswirtschaftsministeriums mit der vorgesehenen Beteiligung von Unternehmern an der Wirtschaftsführung gegen die offiziellen Sozialisierungsforderungen verstießen. Anders als Wissell beharrten weite Teile der Mehrheitssozialdemokratie zunächst auf dem Standpunkt, die Frage der Verfügungsgewalt sei von der des Eigentums nicht zu trennen; auch meinten sie in der Gemeinwirtschaftskonzeption arbeitsgemeinschaftliche Illusionen erkennen zu können. Konkret festmachen ließ sich die beanstandete Tendenz der Wisselschen Wirtschaftspolitik auch an der im Wirtschaftsprogramm vom 7. Mai 1919 für besonders wichtige Unternehmen geplanten gesetzlichen Friedenspflicht, die einen Streik erst bei Zustimmung von 90% der Belegschaft als zulässig erklärte.

Trotz der auf dem Weimarer SPD-Parteitag vom 10.–15. Juni 1919 geäußerten Kritik, zu deren Wortführer sich insbesondere Reichsernährungsminister Schmidt machte, setzte sich Wissell mit seinem Programm durch; der Parteitag verabschiedete eine Resolution, die Wissell als volle Bestätigung seiner Politik interpretierte, hieß es darin doch: "Wo die Sozialisierung noch nicht möglich ist, ist anstelle der reinen Privatwirtschaft eine zugunsten der Volksgemeinschaft planmäßig betriebene und gesellschaftlich kontrollierte Volkswirtschaft (Gemeinwirtschaft) durchzuführen." Diesen Erfolg konnte Wissell sicherlich nicht zuletzt deswegen für sich verbuchen, weil er sich zum Sprachrohr angestauter Enttäuschungen über die – gemessen an den hochgespannten Erwartungen der Monate um die Jahreswende 1918/19 – geringe Realisierung traditionell sozialdemokratischer Zielvorstel-

lungen machte: "Ich glaube", so stellte er fest, "die Geschichte wird wie über die Nationalversammlung auch über uns in der Regierung hart und bitter urteilen." Zurufe "Sehr richtig!" verzeichnete hier das Protokoll. Und er fuhr fort: "Das Volk vermißt den Geist sozialer Gerechtigkeit, den Geist planmäßiger Einordnung der Persönlichkeit des einzelnen in das Ganze." Voraussetzung einer solchen gemeinwohlorientierten Gesellschaftsordnung sei die Schaffung der Gemeinwirtschaft, die "eine Durchdringung der gesamten Produktion mit sozialistischen Prinzipien" und damit "das allmähliche Fortschreiten zum Sozialismus" ermögliche.

Auch nach der Kabinettsumbildung am 21. Juni 1919 - neuer Reichskanzler wurde der Sozialdemokrat Gustav Bauer - blieb Wissell weiterhin Reichswirtschaftsminister. Schon die Programmrede Bauers vom 23. Juni. in der das Ziel der Gemeinwirtschaft als Gefährdung der Sozialisierung dargestellt wurde, mußte Wissell jedoch zeigen, daß die Zustimmung des Parteitages zu seinen Plänen mit einer "sowohl-als-auch-Formulierung" für die sozialdemokratischen Regierungsmitglieder offenbar nur geringe Verbindlichkeit hatte; am 8. Juli wurde Wissells Gemeinwirtschaftsprogramm auch im Kabinett abgelehnt. Die sozialdemokratischen Ministerkollegen glaubten darin eine Zwangskartellierung und damit Machtsteigerung der Privatwirtschaft erkennen zu können, die den Weg zum Sozialismus erschweren, wenn nicht sogar versperren werde. Wissell sah keine Möglichkeit mehr, sein zentrales Anliegen in die Realität umzusetzen: Am 12. Juli bat er um seine Entlassung. 10 In der Begründung seines Rücktrittsgesuchs wies er - nicht ohne deutliche Verbitterung - darauf hin, daß er sich nach dem Parteitagsvotum der Unterstützung seitens der SPD glaubte sicher sein zu dürfen: wiederum sparte er nicht mit Kritik an der Regierung, der - unabhängig vom Inhalt - jedes Programm schlicht unbequem sei. Besonders schmerzlich mußte es für Wissell sein, daß sein stärkster Widersacher, Robert Schmidt, nun sein Nachfolger wurde und seit dem 15. Juli zudem zwei Wirtschaftsressorts führte, um deren Koordinierung Wissell immer hatte kämpfen müssen.

Höhepunkt der Kampagne gegen Wissells Politik war ein Flugblatt, in dem der SPD-Vorstand der Gemeinwirtschaftskonzeption nachsagte, sie bedeute eine "Verewigung des Kapitalismus"; "der Plan der Planwirtschaft ist fein aber durchsichtig! Die Arbeiter mit dem Kapitalismus zu versöhnen, sie mitschuldig zu machen an der Ausbeutung des Volkes und ihre Aufmerksamkeit abzulenken von dem Kampf gegen die Unternehmerallmacht! Aber der Plan zerschellt an der sozialistischen Schulung der organisierten Arbeiterschaft."¹³ In der Folgezeit unternahm Wissell zahlreiche Versuche, seine Politik zu rechtfertigen; daß er – in eigens zu diesem Ziel verfaßten Broschüren¹¹, aber auch in Reden auf Kongressen und Parteitagen¹² – jede Gelegenheit wahrnahm, auf dieses Thema einzugehen,

⁹ Rudolf Wissell und Wichard von Moellendorff, Wirtschaftliche Selbstverwaltung. Zwei Kundgebungen des Reichswirtschaftsministeriums, Jena 1919.

¹⁰ Auszugsweise abgedruckt in: Ursachen und Folgen, Bd. 3, S, 272 ff.

¹¹ Siehe R. Wissell, Praktische Wirtschaftspolitik; Ders., Kritik und Aufbau; R. Wissell und Dr. Alfred Striemer, Ohne Planwirtschaft kein Aufbau. Eine Aufklärungsschrift, Stuttgart 1921.

¹² Erwähnt seien nur die Vorträge vor dem Arbeiterrat Groß-Hamburg am 11. Januar 1920, auf dem Kongreß der ADGB-Betriebsräte im Oktober 1920, auf dem ADGB-Kongreß 1922 und auf dem Parteitag des Bezirks Nordwest der SPD am 26. Juni 1927.

¹³ Zit. nach R. Wissell, Praktische Wirtschaftspolitik, S. 135 ff.

zeigt wohl, wie sehr ihn sein Scheitern getroffen hat; er fühlte sich von seiner Partei bzw. von deren Führung im Stich gelassen und wohl auch hintergangen.

Die Verbitterung Wissells brach auf dem Parteitag 1920 offen hervor; hier rechnete er mit der Wirtschaftspolitik Schmidts ab, der trotz 11monatiger Ministertätigkeit keines seiner Ziele habe realisieren können; denn er starre nur auf das Endziel, habe aber keine Mittel gefunden, diesem auch nur einige Schritte näher zu kommen. Und wieder betonte Wissell, "auf den, aber nicht an den Grundsätzen" der Gemeinwirtschaft zu ieder Konzession bereit zu sein. Schmidt wies die Vorwürfe Wissells zurück und warf ihm insbesondere vor, es sei immer noch unklar geblieben, was sich hinter dem Schlagwort "Gemeinwirtschaft" eigentlich konkret verberge. Die meisten Parteitagsredner zeigten sich nicht eben angetan von der Kontroverse Wissell-Schmidt; so betonte Otto Braun, daß "selbst die Verärgerung über vermeintlich erfahrenes Unrecht [...] den Genossen Wissell nicht dazu berechtigt [hätte], in dieser Weise an den Regierungserklärungen und Regierungsverhandlungen der ihm nachgefolgten sozialdemokratischen Minister eine derartige Kritik zu üben". "Lebhafte Zustimmung" unterstrich diese Bemerkung. Auch Bauer stufte das Verhalten Wissells als nicht gerade "parteifördernd" ein. Schließlich hielt ihm Adolf Braun zwar zugute, er sei einer "der tüchtigsten Parteigenossen", doch mache er seiner Partei "die allergrößten Schwierigkeiten, sicher nicht aus bösem Willen, sondern weil er sich in eine Sackgasse verrannt hat". Wissell glaube, "den Stein der Weisen gefunden zu haben".

Doch es wäre verfehlt, das Scheitern der Gemeinwirtschaftskonzeption allein aus dem Verhalten Wissells oder von Moellendorffs herleiten zu wollen, wenngleich nicht übersehen sei, daß deren unflexibles und von politischer Instinktlosigkeit zeugendes Vorgehen seinen Teil zum Mißerfolg dieser Politik beigetragen hat. Darüber hinaus sind auch immanente Schwächen ihrer Gemeinwirtschaftskonzeption zu berücksichtigen, die den Gegnern die argumentative Ablehnung erst ermöglichten. Da ist zunächst die allzu optimistisch anmutende Einschätzung der unternehmerischen Bereitschaft zu (befristeter) Mitarbeit an einer mit den Arbeitnehmern zu teilenden Wirtschaftsführung zu erwähnen; Skepsis konnte, wie gesagt, auch die Hoffnung auf eine harmonische Verbindung von Privateigentumsordnung und Gemeinwohlorientierung des Wirtschaftens hervorrufen. Den Ausschlag für die Ablehnung der Idee der Gemeinwirtschaft durch die SPD - und hieran vor allem ist sie gescheitert - dürfte allerdings die Tatsache gegeben haben, daß sie die parteioffizielle Sozialisierungspropaganda zu desavouieren geeignet scheinen konnte. Es hat Wissell besonders getroffen, daß sein Konzept der "halben Macht" in einer mit Verbalradikalismus verbundenen Sozialisierungseuphorie zurückgewiesen wurde, die in der Praxis keinerlei nachhaltig wirksame Konsequenzen für die Verteilung wirtschaftlichen Einflusses haben sollte. Auch mag es unter diesem Aspekt nur ein schwacher Trost für ihn gewesen sein, daß seine Grundgedanken ab 1925 wieder in der Diskussion des Wirtschaftsdemokratieprogramms auftauchten - in einer Situation überdies, die der Realisierung einer derartig grundlegenden Umgestaltung der Wirtschaftsordnung angesichts der Konsolidierung der bestehenden Machtverhältnisse bedeutend weniger günstig war als die der revolutionären Nachkriegsmonate.

Erfolg als Sozialpolitiker und Wissenschaftler

Über das Scheitern der Gemeinwirtschaftskonzeption seien iedoch nicht die Erfolge Wissells auf einem anderen, seinem eigentlichen Fachgebiet vergessen. Da ist zunächst an seinen Einfluß auf die Passagen zur Wirtschafts- und Sozialordnung der Weimarer Reichsverfassung zu erinnern; hervorgehoben seien nur Artikel 151: "Die Ordnung des Wirtschaftslebens muß den Grundsätzen der Gerechtigkeit mit dem Ziele der Gewährleistung eines menschenwürdigen Daseins für alle entsprechen"; Artikel 152, der die soziale Bindung des Eigentums vorsah; Artikel 157, mit dem die Arbeitskraft "unter besonderen Schutz des Reiches" gestellt wurde, das zudem ein ..einheitliches Arbeitsrecht" schaffen sollte: Artikel 159 gewährleistete die Vereinigungsfreiheit; Artikel 161 postulierte die Schaffung eines umfassenden Versicherungswesens unter Mitwirkung der Versicherten; Artikel 163 sicherte das Recht auf Arbeit oder, wenn nicht realisierbar, auf Unterhalt; Art. 165 schließlich brachte die Anerkennung der Tarifparteien und besonders die Planung eines wirtschaftlichen Rätesystems. Gerade in diesem Bereich zeigte sich jedoch in der Folgezeit die Kluft zwischen Verfassungstext und sozialer Realität der Weimarer Republik am deutlichsten, wurde doch der regionale Unterbau des (Vorläufigen) Reichswirtschaftsrats nie verwirklicht. Die sozialen Bestimmungen der Verfassung so weit wie möglich in die Realität umzusetzen, darin erblickte Wissell in den folgenden Jahren seine Hauptaufgabe, der er sich als Parlamentarier und Gewerkschafter widmete.

Am 17. Dezember 1920 übernahm Wissell das Amt eines Sekretärs des ADGB-Bundesvorstandes, in dem er auf dem 1. Kongreß des ADGB im Juni 1922 bestätigt wurde. Ebenfalls seit 1920 (bis 1924) war er Mitglied des Reichswirtschaftsrats. 1923 verließ Wissell seine Position bei den Freien Gewerkschaften, weil seine Wahl zum 3. Vorsitzenden des ADGB von seiner Bereitschaft abhängig gemacht wurde. das Reichstagsmandat niederzulegen, um sich ganz seinen gewerkschaftlichen Aufgaben widmen zu können. Er behielt allerdings, wie gesagt, bis 1929 die Redaktion der Rechtsbeilage des Korrespondenzblatts der Freien Gewerkschaften, die er bereits 1906 übernommen hatte. Von 1924 bis 1928 war Wissell dann Schlichter im Bezirk Groß-Berlin und Brandenburg; daß er, im Vergleich zu anderen Schlichtern, angesichts der relativen wirtschaftlichen Konsolidierung dieser Jahre ziemlich häufig die Möglichkeiten der Verbindlichkeitserklärung zur Durchsetzung von Tariflohnerhöhungen nutzte, stieß bei den Arbeitgeberverbänden auf wachsende Kritik, die sich dann Ende 1928 in offener Konfrontation gegen die - wie es pejorativ hieß - "Zwangsschlichtung" wandten. Als Fachmann der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion war Wissell überdies an den Beratungen der Sozialgesetze jener Jahre - vom Betriebsrätegesetz über die Unfall-, Invalidenund Knappschaftsversicherungsgesetze bis hin zum Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung intensiv beteiligt, auch wenn die Ressortverantwortung in dieser Zeit bei Reichsarbeitsminister Heinrich Brauns (Zentrum) lag.14

¹⁴ Siehe Hubert Mockenhaupt, Heinrich Brauns (1868–1939), in: Vierteljahresschrift für Sozialrecht 4, 1976, S. 269–286.

Hervorzuheben ist indessen noch ein anderer Bereich von Wissells Arbeit; gemeint ist die bereits aut drei Jahrzehnte währende Erforschung von Geschichte und Brauchtum des deutschen Handwerks. Schon in einer Darstellung der Probleme des Koalitionsrechts nutzte er die Gelegenheit, ausführlich auf die Entwicklung zünftlerisch-handwerklichen Rechts einzugehen¹⁵; bald legte er auch eine erste Detailstudie zur Geschichte der Steinmetzen vor¹⁶; 1929 erschien dann sein zweibändiges Werk über "Des alten Handwerks Recht und Gewohnheit"¹⁷, das ihm - dank der positiven Aufnahme in der Fachwissenschaft - zu seinem 60. Geburtstag die Verleihung der Ehrendoktorwürde durch die Universität Kiel eintrug. Auch in seinem Dissertationsvortrag¹⁸ hob Wissell seine Grundthese hervor, nach der die moderne Sozialpolitik - speziell das kollektive Arbeitsrecht, das Schlichtungswesen und die soziale Fürsorge – weitestgehend auf den Prinzipien des alten Handwerksrechts ruhe; er stützte sich dabei auf die Auswertung einer Fülle von alten Zunftsatzungen, die er - mit alten Zunfthumpen und anderen seltenen Stücken – aus dem gesamten deutschen Sprachraum zusammengetragen hatte. Daß Wissell sich diesen zünftlerisch-ständischen Traditionen des deutschen Handwerks auch in seiner politischen Arbeit durchaus verpflichtet fühlte, dürfte schon bei der Beleuchtung der Gemeinwirtschaftskonzeption deutlich geworden sein, mag aber generell die Hochschätzung erhellen, die Wissell der aufgrund des Novemberabkommens gebildeten Zentralarbeitsgemeinschaft der gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer wie überhaupt allen Institutionen schiedlich-friedlichen Miteinanders der Tarifparteien entgegenbrachte. Die Angriffe auf die entsprechenden Institutionen der Weimarer Republik, die sich unter dem Druck der Wirtschaftskrise verstärkten, trafen von daher das Zentrum der wirtschaftlichen und politisch-sozialen Zielvorstellungen Wissells.

Arbeitsminister zu Beginn der Krise

Ein zweites Mal wurde Wissell in einer entscheidenden Phase der Weimarer Zeit ins Reichskabinett berufen, als nach den Wahlen vom Mai 1928 unter Führung des Sozialdemokraten Hermann Müller eine Regierung der großen Koalition (SPD, Zentrum/BVP, DDP und DVP) gebildet wurde. Zunächst sah es so aus, als werde Brauns – auch mit Zustimmung der SPD – weiterhin Reichsarbeitsminister bleiben; doch das Zentrum meinte in den Koalitionsverhandlungen, auf ihn verzichten zu können, worauf die SPD Wissell benannte. Es spricht für Wissell, daß er die Verdienste seines Vorgängers unumwunden anerkannte: "Acht Jahre seines Lebens hat Dr. Brauns die Führung der deutschen amtlichen Sozialpolitik in seinen

starken Händen gehalten. Acht Lebensjahre – und wenn wir nach ›Leistungsjahren‹ rechneten, so würde es wohl ein Vielfaches davon sein."¹⁹

Mit Energie ging Wissell ans Werk, die vom Sozialprogramm aus dem Jahre 1917 sowie von der Verfassung postulierten, aber noch immer nicht realisierten sozialpolitischen Maßnahmen durchzusetzen; der Katalog der Vorhaben reichte – so Wissell in seiner Rede auf dem Kongreß der Freien Gewerkschaften im September 1928 – von der Vereinheitlichung des Arbeitsrechts über die Reform des Schlichtungswesens und die gesetzliche Verankerung des 8-Stundentags bis hin zur Verbesserung der Arbeitsschutzgesetze besonders für Berg- und Seeleute sowie land- und hauswirtschaftliche Arbeiter. Schon zu Beginn der Regierungszeit war es Wissell jedoch klar, daß es seine wichtigste Aufgabe sein würde, die Institutionen der Sozialversicherung gegen die Angriffe der organisierten Arbeitgeberschaft zu verteidigen, deren politische Interessenvertretung durch die Minister der DVP mit in der Koalitionsregierung vertreten war. Er erhoffte sich gerade in dieser Frage Unterstützung von allen Richtungs-Gewerkschaften, die er – auf dem Kongreß der Christlichen Gewerkschaften (1928) – zur Einigkeit gegen die Gegner der Sozialpolitik aufrief.

Daß dies kein gegenstandsloser Appell war, zeigte sich schon wenige Wochen später mit dem Ruhreisenstreit, der den Anfang einer erneuten Verschärfung der Interessenauseinandersetzungen zwischen den Tarifparteien und die Wende zur offenen Konfrontation der Unternehmerverbände gegen das Weimarer "System" markiert.²⁰ Anlaß dieses Konflikts in der rheinisch-westfälischen Eisenindustrie war die Forderung der Metallarbeitergewerkschaften nach einer Lohnerhöhung um 15 Pfennig pro Stunde ab 1. November 1928, die jedoch vom Arbeitgeberverband der nordwestlichen Gruppe des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller (Arbeit-Nordwest) abgelehnt wurde; überdies kündigten die betroffenen Arbeitgeber am 13. Oktober 1928 allen Arbeitnehmern zum 1. November. Das daraufhin auf Wunsch der Gewerkschaften eingeleitete Schlichtungsverfahren endete durch den Stichentscheid eines vom Reichsarbeitsministerium bestellten Sonderschlichters mit der Festsetzung einer Lohnerhöhung um 6 Pfennig, Entgegen den Vorstellungen von Reichswirtschaftsminister Julius Curtius (DVP) erklärte Wissell am 31. Oktober diesen "Einmann"-Schiedsspruch als verbindlich; diese Entscheidung wurde von Arbeit-Nordwest unter Hinweis auf die Untragbarkeit des Schiedsspruchs und wegen juristischer Bedenken nicht akzeptiert, so daß am 1. November die Aussperrung von 220-240 000 Arbeitern in Kraft trat. Da nur ca. 50% der Ausgesperrten Anspruch auf Gewerkschaftshilfe hatten, beschloß der Reichstag auf Betreiben Wissells, die betroffenen Arbeiter aus Reichsmitteln zu unterstützen. Durch die Verbindlichkeitserklärung und das Hilfsprogramm, das über das Preußische Ministerium für Volkswohlfahrt abgewickelt werden sollte. hatte der Staat, personifiziert in Reichsarbeitsminister Wissell, eindeutig zugun-

¹⁵ R. Wissell, Koalitionen und Koalitionsverbote, in: Handwörterbuch der Staatswissenschaften, Bd. 5, 4., gänzl. umgearb. Aufl., Jena 1923, S. 734–756.

¹⁶ R. Wissell, Der alten Steinmetzen Recht und Gewohnheit, Leipzig 1927.

¹⁷ R. Wissell, Des alten Handwerks Recht und Gewohnheit (Berlin 1929), 2., erw. und bearb. Aufl., hrsg. von Ernst Schraepler, 2 Bde., Berlin 1971 und 1974.

¹⁸ R. Wissell, Der soziale Gedanke im alten Handwerk (= Erw. Fassung des Vortrags vom 27. 5. 1929 vor der Staats- und Rechtswissenschaftl. Fakultät der Universität Kiel), Berlin (1931).

¹⁹ Zit. nach H. Mockenhaupt, Heinrich Brauns, aaO, S. 269; vgl. dazu auch R. Wissell, Die deutsche Sozialpolitik seit 1918, Berlin 1928 und Ders., Die Sozialpolitik nach dem Kriege, Berlin 1929.

²⁰ Siehe dazu Michael Schneider, Auf dem Weg in die Krise. Thesen und Materialien zum Ruhreisenstreit 1928/29, Wentorf 1974.

sten der Arbeiter in den Tarifkonflikt eingegriffen. Allerdings verschloß sich auch Wissell – wie eine Denkschrift an Reichskanzler Müller vom 9. November 1928 zeigt – nicht der Einsicht, daß die angespannte Lage nur durch weitere Kompromißbereitschaft auch und gerade seitens der Arbeiter bereinigt werden konnte. Der nach Absprache mit den Tarifparteien neuberufene Schlichter – der preußischen Innenminister Carl Severing (SPD) – übernahm die schwierige Aufgabe, die staatliche Autorität in dieser Frage zu retten; sein Schiedsspruch bestätigte zunächst die Gültigkeit des von Wissell verbindlich erklärten Spruchs bis zum 31. Dezember 1928, setzte aber für die Zeit danach nurmehr Lohnerhöhungen zwischen 1 und 6 Pfennigen fest. Damit war Wissels Politik nicht allzu deutlich desavouiert worden; allerdings kursierten schon bei der Ernennung Severings zum Sonderschlichter Gerüchte, in denen von Rücktrittsabsichten Wissells die Rede war.

Die Ministerzeit Wissells war überschattet von den ersten Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise, die den Spielraum für kostenwirksame soziale Reformen deutlich einengten. So sind die sozialpolitischen Verbesserungen, die Wissell in diesen zwei Jahren durchsetzen konnte, sicherlich nicht spektakulär zu nennen; zu erwähnen sind vor allem die Leistungsverbesserungen in der Unfall- und Angestelltenversicherung sowie in der Wochenhilfe, die Ausdehnung des Frauenund Jugendlichenschutzes und vor allem die Verstärkung des Kleinwohnungsbaus, in der sich sowohl soziale als auch arbeitsmarktpolitische Intentionen verbanden. In zunehmendem Maße zeigte sich jedoch die Abhängigkeit der Sozialpolitik von der wirtschaftlichen Entwicklung, die die Forderungen nach Abbau der "sozialen Belastungen" – erhoben von der organisierten Arbeitgeberschaft und deren parlamentarischen Interessenvertretern vor allem in DVP und DNVP – deutlich zu unterstützen schien.

Von zentraler Bedeutung war dabei die Frage der erst 1927 geschaffenen Arbeitslosenversicherung, deren Etat nur bei einer Zahl von bis zu 700 000 Arbeitslosen ausgeglichen war; bereits im Rechnungsjahr 1928/29 stieg jedoch die Zahl der Arbeitslosen auf zwei Millionen an, so daß die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung zur Erfüllung ihrer Zahlungsverpflichtungen von Reichszuschüssen abhängig war.²¹ Arbeitgeberverbände und auch die DVP plädierten für eine Senkung der Versicherungsleistungen, um das Defizit der Reichsanstalt zu decken; die Erwartung, eine solche Senkung werde auch Einfluß auf das Lohnniveau haben, dürfte bei diesem Vorschlag wie bei der gewerkschaftlichen Ablehnung dieses Plans eine Rolle gespielt haben. Als die Frage des Defizitausgleichs im März 1930 wiederum akut wurde, setzte sich Wissell – als Vertreter des gewerkschaftlichen Standpunktes – für eine Erhöhung der Beitragssätze von 3,5 auf 4% ein, um auf diesem Wege eine Herabsetzung der Leistungen zu verhindern. Zu einer solchen Beitragserhöhung fand sich die DVP, handle es sich doch um eine preistreibende Mehrbelastung für die exportabhängige deutsche

Wirtschaft, nicht bereit. Mit Rücksicht auf die Erhaltung der Regierungskoalition akzeptierte die Mehrheit der SPD-Minister einen von Heinrich Brüning (Zentrum) vorgelegten Kompromißvorschlag, nach dem das Defizit der Reichsanstalt statt durch eine Beitragserhöhung durch einen Reichszuschuß gedeckt werden sollte, dessen Begrenzung auf 150 Millionen Reichsmark allerdings schon in absehbarer Zeit Leistungsminderungen erforderlich gemacht hätte. War Wissell auch im Kabinett überstimmt worden – in der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion setzte er sich (unterstützt von einem weiteren Gewerkschafter) mit der Drohung durch, die Freien Gewerkschaften könnten ihre traditionelle Bindung an die SPD aufkündigen, sollte sich die Partei in dieser zentralen Frage gegen die gewerkschaftliche Position entscheiden. Die SPD lehnte den Kompromißvorschlag ab, die Koalition zerbrach, das Kabinett Müller – die letzte parlamentarische Regierung der Weimarer Republik – trat am 27. März 1930 zurück.

Wissell zeigte sich im März 1930 als wenig kompromißbereiter Verfechter des gewerkschaftlichen Standpunkts, den Theodor Leipart, der Vorsitzende des ADGB, im April 1930 folgendermaßen verdeutlichte: "Staatsmännische Erwägungen in allen Ehren, aber wir dürfen darüber nicht vergessen, wodurch wir wurden, was wir sind. Wir sind groß und stark geworden, weil wir rücksichtslos die Interessen der Arbeiter vertreten." Im Streit um die Arbeitslosenversicherungsfrage zeichnete sich erstmals offen der Konflikt ab zwischen der SPD als (koalitionsbereiter) Volkspartei und den Gewerkschaften als traditioneller Arbeitnehmervertretung. Wohl als Rechtfertigung des gewerkschaftlichen Vorgehens im März 1930 sollten die Worte Leiparts auf dem Gewerkschaftskongreß 1931 verstanden werden; er hob hervor, der ADGB könne sich durch die Regierungsbeteiligung der SPD "in keiner Weise gebunden fühlen". Denn die Gewerkschaften wüßten, daß die SPD "nicht alle Wünsche durchzusetzen" vermöge; darum könnten sie sich "um so weniger davon abhalten lassen", ihre "berechtigten Forderungen [...] ohne jede Rücksicht zu vertreten und Kritik zu üben überall dort, wo wir sie im Interesse der Arbeiterschaft für notwendig halten". 22 Wissell mag diese Ansicht geteilt haben, doch mußten sich bei einer darauf basierenden Politik geradezu zwangsläufig Konflikte innerhalb einer Koalitionsregierung ergeben, die naturgemäß vom Kompromiß lebt.

Es wäre jedoch nicht zutreffend, die Verantwortung für den Bruch der großen Koalition allein den Gewerkschaften oder dem Reichsarbeitsminister Wissell anzulasten. Vielmehr ist auch zu berücksichtigen, daß bereits die parteipolitische Spannweite der Koalition den Konflikt auf dem Gebiet der Sozial- und Wirtschaftspolitik als geradezu selbstverständlich erscheinen lassen muß. Vor allem auch die Politiker der DVP erblickten im Streit um die Stabilisierung der Arbeitslosenversicherung eine prinzipielle Frage, in der sie ihrerseits erst nachzugeben bereit waren – die Beitragserhöhung wurde noch 1930 beschlossen –, als die SPD aus der Regierung verdrängt war.

²¹ Siehe dazu grundlegend Helga *Timm*, Die deutsche Sozialpolitik; vgl. auch die Bilanz und Rechtfertigung der eigenen Politik: R. *Wissell*, Einundzwanzig Monate Reichsarbeitsminister, in: Die Arbeit Nr. 4, April 1930, S. 217–228.

²² Zitate nach Michael Schneider, Das Arbeitsbeschaffungsprogramm des ADGB. Zur gewerkschaftlichen Politik in der Endphase der Weimarer Republik, Bonn-Bad Godesberg 1975, S. 113 f.

Sozialpolitik in der Krise

Auch nach dem Bruch der großen Koalition hat Wissell weiter an der Bekämpfung der Wirtschaftskrise und deren sozialen Folgen mitgearbeitet. Neben der Ausdehnung des Wohnungsbaus hatte er sich bereits 1929 für die Erweiterung der produktiven Erwerbslosenfürsorge ausgesprochen; auch in einer Denkschrift an die Reichskanzlei vom Januar 1930 wies er darauf hin, daß "noch nicht einmal für 0,9 von Hundert der Arbeitslosen, die zum Bezuge der Arbeitslosenunterstützung berechtigt waren, zusätzliche Arbeitsgelegenheiten bereitgestellt werden". Dies "sei in erster Linie auf den Mangel an Reichsmitteln zurückzuführen", mit deren Bereitstellung jedoch – das war besonders an Reichsfinanzminister Paul Moldenhauer (DVP) gerichtet – nicht länger gewartet werden dürfe, "wenn nicht tiefe Unzufriedenheit unter den Arbeitslosen Platz greifen soll und dadurch ernste politische Gefahren entstehen sollen". So deutlich er auch die soziale und politische Dimension des Arbeitslosenproblems erkannte, so wenig zeigte sich die Regierung Müller bereit und in der Lage, diese Frage konjunkturpolitisch anzugehen.

In der Folgezeit gehörte Wissell – mit der Mehrheit der Gewerkschafter – zu den Anhängern der Forderung nach Verkürzung der Arbeitszeit auf 40 Stunden pro Woche, um die vorhandenen Arbeitsplätze auf eine größere Zahl von Arbeitern zu verteilen; der zudem ins Auge gefaßte Lohnausgleich sollte ein Sinken der Kaufkraft und damit der Binnennachfrage verhindern. Als Ausweg aus der Wirtschaftskrise empfahl er überdies – in deutlichem Anklang an seine Gemeinwirtschaftspläne der Jahre 1919/20 – den Aufbau einer "planvollen Wirtschaft".²³

Diese Forderungen der Gewerkschaften wurden von den Präsidialkabinetten nicht erfüllt; Wissell – von 1930 an wieder Schlichter – war durch dieses Amt an den seinen Ideen zuwiderlaufenden notverordneten Lohnherabsetzungen beteiligt, die – im Zuge der unter den Primat der Reparationsfrage gestellten Deflationspolitik der Regierung Brüning – zur Schrumpfung der Binnennachfrage und damit zur Krisenverschärfung beitrugen. Seine Schlichtertätigkeit stieß von daher (naturgemäß) auf seiten der Gewerkschaften auf Kritik, fand aber dennoch nicht die Billigung der Arbeitgeberverbände, denen die Lohnsenkungen bei weitem nicht ausreichten, so daß sie mit der Kündigung, die Reichskanzler von Papen am 30. Juli 1932 dem Schlichter Wissell aussprach, durchaus übereinstimmten.

Die letzten Monate der Weimarer Republik waren erfüllt von den auch von Wissell unterstützten gewerkschaftlichen Bemühungen, durch die Realisierung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen der sozialen und politischen Krisenwirkungen Herr zu werden. Doch der Erfolg blieb den Gewerkschaften versagt. Wenige Monate nach der nationalsozialistischen "Machtergreifung" – am 2. Mai 1933 – wurde der

ADGB aufgelöst und Wissell zusammen mit den meisten Gewerkschaftsführern verhaftet; nach seiner Freilassung im Juni 1933 mußte er sich zwei Jahre lang täglich auf dem Polizeirevier seines Wohnbezirks melden. Die folgenden Jahre lebte Wissell zurückgezogen in seinem Haus in Berlin-Tempelhof; er nutzte den durch ständige Überwachung erzwungenen Verzicht auf politische Aktivitäten vor allem für die Überarbeitung der beiden ersten und die Abfassung eines dritten Bandes seiner Handwerksgeschichte, deren Manuskript jedoch – zusammen mit seiner Sammlung von handwerklichen Traditionsgegenständen – bei einem Bombenangriff vernichtet wurde.

Die Zeit des Wiederaufbaus

Sofort nach dem Ende des Krieges beteiligte sich Wissell - inzwischen hoch in den Siebzigern - aktiv am organisatorischen Wiederaufbau der Berliner SPD und erhob seine Stimme insbesondere gegen die Vereinigung von SPD und KPD in der Sowjetischen Besatzungszone. Wie schon nach dem ersten Weltkrieg setzte sich Wissell entschieden dafür ein, so rasch wie möglich ein umfassendes wirtschaftsund sozialpolitisches Programm zu erstellen und sofort in die Praxis umzusetzen. In den entscheidenden Gremien der SPD drängte er auf die Realisierung dieses Ziels: von 1946 bis 1953 arbeitete er im wirtschaftspolitischen und im sozialpolitischen Ausschuß der Berliner SPD, bis 1954 auch im sozialpolitischen Ausschuß der (Bundes-)SPD mit; von 1945 bis 1953 war er zudem Mitglied (und zeitweise auch Vorsitzender) des Ausschusses für Bau- und Wohnungswesen der Berliner SPD. Von Anfang an beteiligte er sich – in Wort und Schrift²⁴ – besonders intensiv an der Diskussion um ein neues sozialdemokratisches Sozialprogramm. Seine Schaffenskraft war ungebrochen - erhielt aber einen schweren Stoß durch den Tod seiner Frau, die am 22. August 1947 durch einen Verkehrsunfall ums Leben kam.

Ein Thema jedoch ließ ihn auch weiterhin nicht ruhen: die Frage des Wirtschaftsaufbaus. Endlich sollte das 1919 Versäumte nachgeholt werden. In zahlreichen Aufsätzen erinnerte er an die Auseinandersetzungen um die Gestaltung der Wirtschaftsordnung zu Beginn der Weimarer Republik; mochte auch seine Enttäuschung über den damaligen Fehlschlag noch spürbar sein, es überwog der Wunsch, aus den damals gemachten Fehlern Lehren für den Wiederaufbau nach 1945 aufzuzeigen. Und in der Tat konnte es so scheinen, als würden die gemeinwirtschaftlichen Ideen wiederum Eingang in die SPD-Programmatik finden. Erinnert sei nur an die politischen Leitsätze vom 11. Mai 1946, nach denen die SPD "eine sozialistische Wirtschaft durch planmäßige Lenkung und gemeinwirtschaft der SPD "eine sozialistische Wirtschaft durch planmäßige Lenkung und gemeinwirtschaft der SPD "eine sozialistische Wirtschaft durch planmäßige Lenkung und gemeinwirtschaft der SPD "eine sozialistische Wirtschaft durch planmäßige Lenkung und gemeinwirtschaft der SPD "eine sozialistische Wirtschaft durch planmäßige Lenkung und gemeinwirtschaft der SPD "eine sozialistische Wirtschaft durch planmäßige Lenkung und gemeinwirtschaft der SPD "eine sozialistische Wirtschaft durch planmäßige Lenkung und gemeinwirtschaft der SPD "eine sozialistische Wirtschaft durch planmäßige Lenkung und gemeinwirtschaft der SPD "eine sozialistische Wirtschaft durch planmäßige Lenkung und gemeinwirtschaft der SPD "eine sozialistische Wirtschaft durch planmäßige Lenkung und gemeinwirtschaft der SPD "eine sozialistische Wirtschaft durch planmäßige Lenkung und gemeinwirtschaft der SPD "eine SP

²³ R. Wissell, Die deutsche Wirtschaft im Rahmen der Weltwirtschaft. Die Forderung planvoller Wirtschaft. Vortrag, gehalten auf dem 17. Verbandstag des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands vom 5.–11. 7. 1931 in München, Hannover (1931). Zu den arbeitsmarktpolitischen Initiativen Wissells 1929 ff. siehe M. Schneider, Das Arbeitsbeschaffungsprogramm des ADGB, S. 167 ff.

²⁴ Siehe R. Wissell, Zur Gestaltung der Sozialversicherung, Hamburg 1947 (2., verm. Aufl., Hannover 1947) und seinen Beitrag auf dem Parteitag der SPD 1948.

²⁵ Siehe bes. die Aufsätze R. Wissells zum Problem der Planwirtschaft, in: Das sozialistische Jahrhundert, Nr. 3/4, 13/14 und 15/16, 1947, den Beitrag auf dem SPD-Parteitag im Mai 1950 sowie die Denkschrift an den SPD-Vorstand vom 20. Februar 1950 (Sammlung Personalia, Archiv der sozialen Demokratie).

182 Michael Schneider

schaftliche Gestaltung" anstrebte. Auch der Nürnberger Parteitag der SPD beschloß 1947 ein Wirtschaftsprogramm, in dem darauf hingewiesen wurde, die von der SPD geforderte Planwirtschaft werde "die marktwirtschaftlichen Formen weitgehend beibehalten"; die Wirtschaft werde sich "nach den in der Planung festgelegten volkswirtschaftlichen Zielen richten".26 Die Grundgedanken dieser Programmformulierungen knüpften an die Diskussion der Zeit 1918/19 an, doch - im Gegensatz zum Programm des Reichswirtschaftsministeriums – blieb nach 1945 die konkrete Ausgestaltung aus. Vor allem die Reaktion des Parteivorstandes auf eine Denkschrift Wissells vom 20. Februar 1950 zeigt, daß an eine Übernahme der Forderungen Wissells nicht zu denken war; unter Hinweis auf den Wandel der Zeiten wurde die Denkschrift im September 1952 als nicht mehr aktuell zu den Akten gelegt. Wissell hatte zum zweiten Mal erleben müssen, daß seine Vorstellungen zur Wirtschaftsordnung innerhalb der SPD keine dauerhafte Basis fanden. Waren sie einmal als Abgehen von der traditionellen Sozialisierungsforderung gescheitert, so dürften sie nach 1945 wegen des einerseits zünftlerischen, andererseits aber betont planwirtschaftlichen Einschlags, der sie überdies in die Nähe einer politisch abgelehnten Zentralverwaltungswirtschaft nach sowietischem Muster rücken ließ, als überholt gegolten haben.

Trotz des geringen praktischen Erfolges seiner Gemeinwirtschaftsvorstellungen sollte Berücksichtigung finden, daß Wissell seine Ziele im Bereich der "klassischen" Sozialgesetzgebung damit in die Gesamtkonzeption einer gerechten Sozialordnung eingebunden hat. Gerade daß er in der Weimarer Republik immer wieder den Zusammenhang von Sozialpolitik und Gesellschaftsaufbau und damit die Grundlagen sozialer Gerechtigkeit aufgezeigt hat, gehört zu den bleibenden Verdiensten Wissells, dessen Wirken zugleich exemplarisch die Möglichkeiten und Grenzen der Sozialreform seit der Zeit des Wilhelminischen Reiches vor Augen führt.